



## Kommission für „Strukturwandel, Wachstum und Beschäftigung“ darf nicht nur reine Schliessungskommission sein

Mit einiger Verzögerung ist die sogenannte „Kohlekommission“ diese Woche offiziell eingesetzt worden. Ihre Besetzung empfinde ich trotz einiger Ergänzungen in letzter Minute als Zumutung für die Interessen der Beschäftigten im Rheinischen Revier und den Wirtschaftsstandort NRW. Es ist entgegen des eigentli-

chen Namens eine eng fokussierte Schließungskommission entstanden. Die Benennung von Personen, die offen eine gewalttätige Anarchieszene im Hambacher Forst unterstützen, ist zudem eine Provokation für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rheinischen Revier.

### Realismus beim Zeitrahmen dringend nötig

In NRW hat die letzte SPD-geführte Landesregierung einen klaren Zeithorizont beschlossen, welcher Maßstab für die Ergebnisse der Kommission sein muss. Hier geht es nicht nur um Rechtssicherheit und politische Verlässlichkeit. Vielmehr geht es auch darum einen Zeitrahmen zu schaffen, in dem die gewaltigen Strukturwandelprozesse erfolgreich gestaltet werden können.

Die energieintensive Wirtschaft NRW ist auf eine zu 100% zuverlässige Stromversorgung angewiesen. Diese Sicherheit ist allein mit erneuerbaren

Energien auf absehbare Zukunft nicht darstellbar. Gleichzeitig bedeutet jede Preissteigerung beim Strom, wie sie etwa beim Umsatteln auf durch Gas-kraftwerke erzeugte Energie zwangsläufig der Fall wäre, einen deutlichen Wettbewerbsnachteil.



Ein überhasteter Ausstieg, der die technischen Bedingungen aus-

blendet gefährdet unseren Wohlstand. Auch sollten wir uns bewusst machen, dass Deutschland nur mit einem Kohleausstieg Vorbild für andere sein kann, der wirtschaftlich erfolgreich gestaltet wird.

### Landesregierung muss Passivität ablegen

Klar ist für mich, dass die unbedarfte Herangehensweise, die die Landesregierung bisher bei diesen Themen an den Tag legt (in den vergangenen Ausgaben der Landtags-Post und auf meiner Homepage ausgiebig dokumentiert), für die Arbeit der Kommission fatal sein kann. Seit Amtsübernahme gab es keine neuen Impulse für Projekte im Rheinischen Revier. Auch auf europäischer Ebene ist die Landesregierung nur Mitläufer, während die ostdeutschen Reviere koordiniert aktiv werden. Die Menschen im Rheinischen Revier und der Wirtschaftsstandort NRW brauchen aber eine aktive, starke Vertretung.

## Gegen den Landestrend: Straftaten an den Schulen im Rhein-Erft-Kreis 2017 um 12,5% zurückgegangen

Entgegen dem NRW-Trend sind die Straftaten in 2017 an den Schulen im Rhein-Erft-Kreis im Vergleich zum Vorjahr um 12,5% zurückgegangen. So wurden im Jahr 2017 616 bekanntgewordene Straftaten an den Schulen im Kreis registriert, während im Jahr 2016 noch 704 Fälle erfasst wurden. Nach den Berichten zum Anstieg von Straftaten an Schulen in NRW (+5%) hatte ich mit einer Kleinen Anfrage genaue Daten für den Kreis angefordert.

Bei einem Blick auf die Kommunen ist zu erkennen, dass in Bergheim (+14,29%), Frechen (+31,75) und in Hürth (+18%) mehr Straftaten 2017 mehr Straftaten als im Vorjahr registriert wurden. Hingegen sind die Straftaten an Schulen in Bedburg (-14,04%), Brühl (18,52%), Elsdorf (-41,67%), Erftstadt (-30,26%), Kerpen (-36,31%), Pulheim (-20%) und in Wesseling (-15,63%) im Jahresvergleich zurückgegangen. Ebenfalls positiv ist die Entwicklung bei Straftaten gegen das Lehrerkollegium (von 6 auf 2 Fälle).

Damit diese positive Entwicklung verfestigt wird und auch auf die Schulen überspringt, an denen 2017 mehr Straftaten geschahen, sind Landesregierung, der Kreis, die Kommunen und die Schulen gemeinsam gefordert. Betreuungsangebote und Präventionsarbeit weiter auszubauen.

Herzlichst Ihr